



STELLUNGNAHME zum Änderungsantrag	Vorlage Nr.:	2019/0931
SPD-Gemeinderatsfraktion	Verantwortlich:	Dez. 4
Betriebsratsmitglieder als Vertreterinnen und Vertreter der Beschäftigten in alle Aufsichtsräte städtischer Gesellschaften einbinden		

Gremium	Termin	TOP	ö	nö
Gemeinderat	24.09.2019	25	x	

Kurzfassung

Die Verwaltung empfiehlt, die Ziffern 1 und 2 des Antrags abzulehnen. Auf die Stellungnahme der Verwaltung auf den Antrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion wird insoweit verwiesen.

Bezüglich Ziffer 3 wäre eine Gesellschafterweisung erforderlich. Die Verwaltung geht davon aus, dass die Geschäftsführungen ohnehin periodisch Mitarbeiterversammlungen abhalten und hält dieses scharfe Schwert daher für nicht notwendig. Sie empfiehlt daher, auch Ziffer 3 des Antrages abzulehnen.

Finanzielle Auswirkungen	Gesamtkosten der Maßnahme	Einzahlungen/Erträge (Zuschüsse u. Ä.)	Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgeerträge und Folgeinsparungen)	
Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>				
Haushaltsmittel sind dauerhaft im Budget vorhanden Ja <input type="checkbox"/>				
Nein <input type="checkbox"/> Die Finanzierung wird auf Dauer wie folgt sichergestellt und ist in den ergänzenden Erläuterungen auszuführen:				
<input type="checkbox"/> Durch Wegfall bestehender Aufgaben (Aufgabenkritik) <input type="checkbox"/> Umschichtungen innerhalb des Dezernates <input type="checkbox"/> Der Gemeinderat beschließt die Maßnahme im gesamtstädtischen Interesse und stimmt einer Etatisierung in den Folgejahren zu				
IQ-relevant		Nein	Ja	Korridor Thema:
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)		Nein	Ja	durchgeführt am
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften		Nein	Ja	abgestimmt mit

Die Verwaltung empfiehlt, die Ziffern 1 und 2 des Antrags abzulehnen. Auf die Stellungnahme der Verwaltung auf den Antrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion wird insoweit verwiesen.

Bezüglich Ziffer 3 wäre eine Gesellschafterweisung erforderlich. Die Verwaltung geht davon aus, dass die Geschäftsführungen ohnehin periodisch Mitarbeiterversammlungen abhalten und hält dieses scharfe Schwert daher für nicht notwendig. Sie empfiehlt daher, auch Ziffer 3 des Antrages abzulehnen.